

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 42 (1963)
Heft: 3

Artikel: Die SPD : der Weg einer Partei
Autor: Schelker, Markus
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-337445>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 07.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

man, auch wenn einmal das ganze Volk «televisioniert» ist, den Ruf der Parteien attraktiv erhalten können. – Gerade weil wir überzeugt sind, daß unsere schweizerische Demokratie zu ihrer Gesundheit die Parteien wie Vitamine braucht, seien diese Probleme einmal zur Diskussion gestellt.

MARKUS SCHELKER

Die SPD - der Weg einer Partei

Die vorliegende Arbeit kann selbstverständlich kein umfassendes Bild über die Geschichte der Arbeiterbewegung in Deutschland vermitteln. Sie soll vielmehr einen kurzen Überblick über die Entwicklung des Sozialismus in seinem geistigen Ursprungslande ermöglichen, der jedoch durchaus nicht Anspruch darauf erhebt, «alleinseligmachend» zu sein.

Deutschland ist das geistige

Ursprungsland des modernen Sozialismus!

Schon um die Jahrhundertwende, zwischen dem 18. und dem 19. Jahrhundert, vertrat *Fichte* einzelne sozialistische Ideen. *Hegel* baute sein Gedankengebäude der Dialektik auf, das *Marx* später als Grundlage für seinen wissenschaftlich begründeten dialektischen Materialismus diente. Zu einer kurzen Darstellung der Geschichte des Sozialismus in Deutschland gehört bestimmt ein kurzer Überblick über die Tätigkeit von Karl Marx in diesem Lande, wo er ja auch geboren wurde. In seinen Studienjahren schloß er Bekanntschaft mit den Linkshegelianern, deren geistige Führer *Feuerbach* und *Bruno Bauer* waren. Doch später löste er sich von dieser Gruppe (Thesen über Feuerbach!) Von 1842 bis 1843 war er Redaktor der linksbürgerlichen «Rheinischen Zeitung», bis er emigrieren mußte. In diese Zeit fallen auch seine ersten Kontakte mit *Friedrich Engels*, aus denen eine Lebensfreundschaft entstehen sollte. 1848 kehrte Marx nach Deutschland zurück und begründete die «Neue Rheinische Zeitung», die jedoch bald wieder zusammenbrach. Hierauf verließ Marx Deutschland endgültig, um für immer nach London überzusiedeln. Der 1847 gegründete Kommunistenbund, in dessen Auftrag Marx und Engels das Kommunistische Manifest verfaßt hatten, fiel infolge innerer Differenzen nach dem Austritt von Marx und Engels im Jahre 1852 wieder zusammen. Dieser Geheimbund spielte nie eine politische Rolle. Auch die 1. Internationale, die 1864 entstand, erlangte nie eine besondere politische Bedeutung. Sie umfaßte lediglich Einzelmitglieder, nicht aber

ganze Organisationen. Bis gegen die siebziger Jahre übten die marxistischen Ideen keinen großen Einfluß auf die Arbeiterbewegung aus, die zu jener Zeit noch auf linksbürgerlichem Boden stand.

Die Geschichte der

organisierten deutschen Arbeiterbewegung

begann im Jahre 1863 mit der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADA) durch *Ferdinand Lassalle*. Das Leipziger Programm von 1866 trat für eine politische und wirtschaftliche Reform (allgemeines Wahlrecht, Produktivassoziationen, das heißt Genossenschaften, Pressefreiheit) im Rahmen eines demokratischen zentralisierten deutschen Volksstaates ein. Der ADA war von marxistischen Ideen noch recht wenig beeinflusst und eher linksbürgerlich orientiert. Der internationale Gedanke wurde im Leipziger Programm nur durch eine ziemlich nichtssagende Forderung nach einem europäischen sozialdemokratischen Staat angetönt.

Mit der Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und ihrem

Eisenacher Programm von 1869

gewann der Marxismus an Einfluß in der deutschen Arbeiterschaft. Der Führer der Eisenacher, *Wilhelm Liebknecht*, war der Ansicht, daß der Sozialismus im Rahmen des damaligen Staatsgefüges nicht durchgeführt werden könne und dieser Staat deshalb zuerst beseitigt werden müsse. Dies deckte sich mit der Staatstheorie von Marx. Liebknecht war glühender Internationalist, doch bekannte er sich gleichwohl zur Idee eines demokratisch regierten deutschen Vaterlandes. 1875 vereinigten sich die Eisenacher und der ADA zur

Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands.

Zwar überwog im Gothaer Programm Lassalles Einfluß, was Marx zu einer spitzfindigen Kritik veranlaßte, doch setzten sich in der Parteiführung unter Bebel und Liebknecht die marxistischen Kräfte durch. 1877 eroberte die SPD bereits 12 Sitze im Reichstag. Die neue Partei steuerte einen demokratischen Kurs und war der Nation gegenüber nicht unfreundlich eingestellt, bis Bismarck im Jahre 1878 das faule Ei der Sozialistengesetzgebung legte. Dies hatte zur Folge, daß sich die Sozialdemokratie vom Staate, der sie unterdrückte, abwandte und die Klassenkampftheorie zum revolutionären Dogma erhob. Hatte Bismarck gemeint, durch Versammlungs- und Publikationsverbot die Partei desorganisieren zu können, so mußte er bald feststellen, daß dies ein Trugschluß war. Der gemeinsame Kampf hielt die auseinanderstrebenden Richtungen innerhalb der Partei zusammen und führte zu einer straffen Organisation. Als 1890 das Sozialistengesetz unter

dem Druck der Öffentlichkeit endlich aufgehoben wurde und sich die Partei wieder an den Wahlen beteiligen konnte, erzielte sie 1,5 Millionen Stimmen. Sie war zur bestorganisierten Partei Deutschlands geworden.

Das Erfurter Programm von 1891,

das von *Karl Kautsky* ausgearbeitet wurde, spiegelte in aller Deutlichkeit den Durchbruch des revolutionären Marxismus wider. Die politische Richtschnur der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands war nunmehr von einem starken Internationalismus geprägt. Die SPD wurde die führende der in der 1889 gegründeten II. Internationale zusammengeschlossenen Parteien. Gegenüber dem eigenen Staat verfolgte die SPD eine passive Oppositionspolitik. Man beschränkte sich darauf, zu kritisieren. Durch die hartnäckige Weigerung der Sozialdemokratie, sich mit andern Parteien in Gesprächen auseinanderzusetzen oder parlamentarische Kontakte mit ihnen aufzunehmen, isolierte sie sich beinahe vollständig. Gegen diese Haltung regte sich schon um die Jahrhundertwende eine Opposition, die für eine aktive Mitarbeit am Staate eintrat. Obwohl diese «Reformisten», die sich besonders in den Redaktionen von einzelnen Parteiblättern bemerkbar machten, ausgeschaltet wurden, gewann der nationale Gedanke innerhalb der Partei an Bedeutung. Nachdem die SPD bei den Wahlen von 1907, teils wegen ihrer antinationalen Haltung, teils wegen ihrer Opposition in der Kolonialpolitik, die Hälfte ihrer Mandate verloren hatte, kam der nationale Gedanke immer mehr zum Durchbruch.

Mit dieser Erkenntnis zog die SPD in den Wahlkampf von 1912. Nun konnte sie anstelle von 43 Abgeordneten deren 110 in den Reichstag entsenden. Bereits zog am Horizont das Gespenst des Ersten Weltkrieges auf. Innerhalb der Internationale wurde zu einem Streik der Arbeiter Europas im Falle eines drohenden Krieges aufgerufen, um einen millionenfachen Brudermord zu verhindern.

Als der Krieg ausbrach,

zeigte es sich, daß die Sozialistische Internationale diese Belastungsprobe nicht aushalten konnte. Die sozialistischen Parteien Englands, Frankreichs und Belgiens stellten sich hinter ihre Regierungen mit der Begründung, es sei Sache der Arbeiterbewegung des angreifenden Staates, also der SPD und der deutschen Gewerkschaften, den internationalen Streik gegen den kapitalistischen Krieg auszulösen. Die SPD stellte sich aber ebenfalls hinter die Regierung, und Wilhelm II. kannte urplötzlich keine Parteien mehr, sondern nur noch Deutsche...

Die Arbeiter beteiligten sich in der Rüstungsindustrie oder auf dem

Schlachtfeld an diesem Krieg zwischen Nationen, deren Arbeiterführer noch einige Wochen vor dem Ausbruch des Krieges feierlich erklärt hatten, es werde zu keinem Brudermord kommen.

Der radikale Zusammenbruch der II. Internationale ist zwar irgendwie verständlich, wenn man die beiden Faktoren Mensch und Heimat nebeneinanderstellt, doch erschütterte er die Arbeiterbewegung in ihren Grundfesten und ebnete gleichzeitig dem radikalen Kommunismus den Weg.

In Deutschland stimmte die SPD für die Kriegskredite, erklärte aber gleichzeitig, sie würde sich jeglichen Versuchen territorialer Expansion widersetzen. Als ob sie dies im Falle eines deutschen Sieges hätte verhindern können!

Der nationale Kurs der Partei

wurde nicht von allen ihren Führern gebilligt. Bei den angesichts der Anfangserfolge hochgehenden Wogen der Kriegsbegeisterung war eine solche Opposition ziemlich bedeutungslos. Doch als der Krieg länger dauerte, als man gemeint hatte, und die Preise ständig in die Höhe schnellten, wuchs die Opposition auf dem linken Flügel der Partei immer stärker an. Es kam zu Auseinandersetzungen innerhalb der Parteileitung und der Reichstagsfraktion. *Karl Liebknecht*, der aus der Reichstagsfraktion ausgeschlossen worden war, gründete 1917 den Spartakusbund, während die Sozialdemokratie in zwei Gruppen, die Mehrheitssozialisten und die radikaleren Minderheitssozialisten der Unabhängigen Sozialistischen Partei (USPD), zerfiel. Die USPD verfolgte unter der Führung von *Kautsky* und *Haase* eine antimilitaristische Politik. Ihr gehörten unter anderen die Linksintellektuellen um *Kurt Tucholsky* und *Carl von Ossietzky* an. Der deutschen Sozialdemokratie fehlte es an einem richtigen Programm. Wohl war damals das alte, marxistische Erfurter Programm de jure noch die offizielle Parteirichtlinie, doch klaffte zwischen diesem Programm und der Parteipolitik eine tödliche Lücke. Als im November 1918 die Streiks ausbrachen, waren es die Vertreter der Mehrheitssozialdemokratie, die in der Streikleitung einen mäßigen Einfluß ausübten. In dieser Zeit der Arbeiter- und Soldatenräte zeigte sich die demokratische Gesinnung der SPD. Ihr gelang es, die Ausrufung von Neuwahlen im Januar 1919 durchzusetzen, was ihr die bitterböse Feindschaft der Kommunisten eintrug. Auch die USPD stand diesen Wahlen ablehnend gegenüber. Die radikalen Kräfte des orthodoxen Marxismus strebten nach der Verwirklichung der Diktatur des Proletariates; sie hielten den Zeitpunkt für die umwälzende Revolution der Arbeiterklasse gekommen.

Der SPD wurde die undankbare Aufgabe zuteil, das auf der Sandbank eines verlorenen Krieges aufgefahrene Staatsschiff wieder flottzumachen. Wohl stand eine Regierung mit sozialistischer Beteiligung an der Spitze der Republik, doch die bürgerliche Verwaltung blieb fast unverändert bestehen.

Der sozialdemokratische Reichswehrminister Noske stützte sich auf die Reichswehr, deren Kader aus dem Adel und dem hohen Bürgertum stammten und die ihre Finger nie von der Politik lassen konnten. Die Reichswehr war gewissermaßen ein Staat im Staat. Das gleiche läßt sich von der Verwaltung sagen.

1921 wurde die schon längst fällige Programmrevision durchgeführt. Im Görlitzer Programm löste sich die deutsche Sozialdemokratie etwas von den dogmatischen Verstaatlichungsthesen, ohne jedoch den Marxismus über Bord zu werfen.

Der Wille zur Demokratie, zu einer echten Herrschaft des Volkes war in der deutschen Sozialdemokratie vielleicht stärker als in jeder andern Partei, doch fehlten der sozialistischen Regierung die Mittel dazu, diesen Willen zum Willen der Nation zu machen.

Daß die SPD durch ihr entschlossenes Handeln in der Novemberrevolution und durch das Niederschlagen der Spartakistenaufstände verhindert hatte, daß Deutschland in den Abgrund einer mörderischen Revolution hineingezerrt wurde, wurde ihr von den Kommunisten als Verrat an der Sache des Arbeiters vorgeworfen. Die extreme Rechte, die sich in den Frontkämpferverbänden und den Alldeutschen Vereinigungen sammelte, warf der SPD vor, sie hätte durch ihre Beteiligung an der Novemberrevolution das «tapfere deutsche Volk» verraten. In Tat und Wahrheit paßte beiden Extremen die Republik nicht in den Kram. Innerhalb der KPD gab es sicherlich viele, die den Staat aus einem ehrlichen marxistischen Zukunftsglauben heraus ablehnten. Damals, in den zwanziger und frühen dreißiger Jahren, konnte man noch Kommunist aus Überzeugung sein. Die Ideen Lenins erschienen vielen als Wegweiser für die Arbeiterklasse. Erst später sollte es sich zeigen, daß die absolute Dialektik Lenins zu einer neuen Ausbeutung des Arbeiters durch das Regime führte.

Den Kräften der äußersten Rechten kann man keine «mildernden Umstände des humanen Idealismus» zubilligen. Ihnen ging es um die Aufrichtung der Herrschaft von Menschen, die sich hoch über ihre Mitmenschen stellten, um die Einführung des Herrenrassenprinzips, das dann schließlich im Dritten Reich bis zum bitteren Ende durchexerziert wurde.

Diese Anfeindungen von allen Seiten charakterisieren die Situation der SPD während der Zwischenkriegszeit. Die Menschen wurden unsicher. Hunger und Entbehrungen während der Krisen machten sie noch unsicherer. Die Krise von 1923 kam. Man lachte über Hitlers Operettenputsch in München. Leider! Im Gefängnis fand Hitler die Zeit, seine Pläne in Worte zu fassen. Deutschland lachte weiter, sofern es überhaupt Notiz von der Tätigkeit des Gefreiten a. D. Adolf Hitler nahm. 1925 starb Friedrich Ebert. Der bereits senile Hindenburg wurde Reichspräsident. Die Weltwirtschaftskrise

von 1929 ließ die Zahl der NSDAP-Abgeordneten bei den Wahlen im Jahre 1930 von 12 auf 107 emporschnellen. Die NSDAP war zur zweitstärksten Partei des Landes geworden. Die Stimmenzahlen der SPD fielen ständig. Die Sozialdemokratie war die deutsche Partei, die am konsequentesten gegen die braune Welle ankämpfte. Doch sie war durch äußere und innere Umstände handicapiert. Die SPD war keine hieb- und stichfeste gedankliche Einheit, sondern Diskussion in sich selbst. Ferner machte sich ein Mangel an hervorragenden Führern bemerkbar.

Deutschland und seine Bewohner waren seit dem Ende des Ersten Weltkrieges ständig hin und her geworfen worden, zwischen Inflation und kurzlebiger Hochkonjunktur, zwischen übersteigertem Nationalismus und trostloser Verzweiflung, zwischen Hunger und falschem Glanz.

Das Volk hatte das Vertrauen zu seiner Regierung und in vielen Fällen auch zu sich selbst verloren. Bei einem großen Teil der Bevölkerung begann sich eine politische Resignation auszubreiten. Man war sich nur einig darüber, daß man irgendeinen Weg finden sollte, um Deutschland aus den verworrenen Zuständen herauszuführen. Doch man machte sich keine großen Gedanken über diesen Weg, geschweige denn das Ziel, das am Ende dieses Weges stehen sollte. Unter dem Gesichtspunkt dieser Situation muß man das Auftreten Hitlers sehen. Hitler schien einen solchen Weg zu zeigen. Ein großer Teil des Volkes ließ sich von Hitlers gleißendem Aushängeschild des wirtschaftlichen Aufstieges und des persönlichen Wohlstandes blenden und übersah so die satanische Ideologie des Nationalsozialismus oder nahm sie ganz einfach nicht ernst, wie dies in sehr vielen Fällen geschah.

Die SPD kämpfte vergeblich gegen die «Verblendung», die den Teufel in Hitler übersah. Die SPD versuchte, dem Treiben der SS und der SA entgegenzutreten, indem sie eine eigene Kampforganisation, die «Eiserne Front», aufstellte. Die Kommunisten stellten zum gleichen Zweck den «Roten Frontkämpferbund» auf. Diese beiden Truppen zählten zusammen etwas über 100 000 Mann, denen es sowohl an Waffen wie auch an der nötigen Ausbildung fehlte. Demgegenüber umfaßte die von der Hochfinanz unterstützte SA 1932 400 000 gutausgebildete Schergen. Wohl kam es hie und da zu Straßenkämpfen zwischen den beiden Gegnern, doch nie zu größeren militärischen Auseinandersetzungen. Als Hitler 1933 die Macht ergriff, hatte die SPD als einzige Partei den Mut, in dem von der SA umstellten Reichstag gegen das Ermächtigungsgesetz zu stimmen, was viele ihrer Abgeordneten mit dem Leben bezahlen mußten. Die Kommunisten hatte man zu dieser Abstimmung gar nicht zugelassen. Im Mai 1933 wurden die Gewerkschaften aufgelöst. Einen Monat später folgte das Verbot der SPD. Der zwölfjährige Kampf im Verborgenen hatte begonnen. Viele Funktionäre flohen ins Ausland, um dort für ihre Heimat und ihre Partei zu arbeiten. Es wurden

Zeitungen im Ausland herausgegeben, wie etwa der «Neue Vorwärts», der in der Tschechoslowakei redigiert und gedruckt wurde, bis auch dieses Land in Hitlers dreckige Hände fiel.

Nach dem Krieg

Die Situation, vor die sich die SPD nach dem Zweiten Weltkrieg gestellt sah, war, politisch betrachtet, einfacher als die Lage, gegenüber der sie sich nach dem Ersten Weltkrieg befunden hatte.

Die SPD war von allem Anfang an gegen diesen Krieg gewesen, sie hatte gegen dessen Drahtzieher gekämpft. Deshalb war es möglich, daß die SPD als einzige große Partei diesen Krieg überdauern konnte. Auch während des Krieges war ihre Organisation nie ganz zusammengebrochen. Ein Parteivorstand wirkte im Ausland, während die sozialistische Untergrundbewegung in kleinen Zellen arbeitete.

1945 reorganisiert sich die SPD unter der Führung von Dr. Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer. Vorerst wird noch kein neues theoretisches Programm ausgearbeitet (das letzte Programm war das im Jahre 1925 angenommene Heidelberger Programm, das im wesentlichen eine ausführlichere Fassung des Görlitzer Programmes darstellt), hingegen wird ein soziales Sofortprogramm aufgestellt, das für eine Sozialisierung der Ruhrindustrie eintritt und eine gelenkte Wirtschaft mit möglichst großer Selbstverwaltung befürwortet. Kleinere und mittlere Betriebe sollen geschützt werden. Gerade diese wirtschaftlichen Forderungen haben sich in ihren Grundzügen erfüllt. Blieb das deutsche Wirtschaftspotential nach dem Ersten Weltkrieg trotz einer sozialistischen Regierung in der Hand von einigen wenigen Industriemagnaten, so änderte sich die Wirtschaft Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg grundlegend! Die Ironie des Schicksals will es, daß sich diese Wandlung unter einer CDU-Regierung vollzog. Doch dies ändert nichts an der Tatsache, daß es sozialistische Ideen waren, die zu dieser Wandlung beitrugen!

Bei den ersten Wahlen von 1949 kristallisierten sich CDU und SPD als die beiden großen Parteien heraus. Daneben waren die FDP, die DP und der BHE im Bundestag vertreten. Zum Bundeskanzler wurde Konrad Adenauer gewählt. Die erste Regierung setzte sich aus allen im Parlament vertretenen Parteien zusammen, die SPD ausgenommen. Ursprünglich rechnete jedermann mit einer großen Koalition CDU-SPD, doch scheiterte dieser Plan in erster Linie an persönlichen Gegensätzen zwischen Adenauer und Schumacher.

Die SPD übernahm 1949 die Rolle der Opposition, in der sie bis heute verblieben ist. Bis vor einigen Monaten hat Adenauer von einer großen

Koalition nichts wissen wollen. Ob eine große Koalition nach dem Rücktritt Adenauers Wirklichkeit werden wird, hängt letzten Endes davon ab, wer neuer Bundeskanzler wird. Über den Wahlausgang von 1965 heute schon Prognosen zu stellen, fällt schwer. Immerhin liegt eine weitere Schwächung der Position der CDU zugunsten der SPD im Bereiche des Möglichen, doch scheint es unwahrscheinlich, daß die SPD die absolute Mehrheit erringen kann, sofern nicht außergewöhnliche wirtschaftliche und politische Ereignisse die sich in Zeiten der Hochkonjunktur nur langsam abspielenden Verschiebungen in der Wählerstruktur beschleunigen.

Mit dem neuen Parteiprogramm, dem Grundsatzprogramm der SPD von 1959, gab sich die SPD nach einem langen «programmatischen Interregnum» eine neue theoretische Basis. Dieses Programm entspricht in seiner Grundhaltung unserem Schweizer Parteiprogramm und fußt wie die meisten neuen Programme der europäischen Sozialdemokratie auf den Theorien und Erfahrungen des modernen skandinavischen und österreichischen Sozialismus. Wie die skandinavischen Parteien, so strebt auch die SPD das Ziel an, eine Volkspartei zu werden. Interessant ist die soziologische Struktur der SPD. (Die folgenden Angaben stammen aus Walther Theimers Buch «Von Bebel zu Ollenhauer», Dalp-Taschenbuch Nr. 336.) 1950 gliederten sich die Mitglieder der SPD auf in 45 Prozent Arbeiter, 22 Prozent Angestellte und Beamte, 12 Prozent Selbständigerwerbende, 12 Prozent Rentner, 7 Prozent Hausfrauen, 2 Prozent Bauern. Die Zahl der Mitglieder beläuft sich gegenwärtig auf rund 650 000 (CDU: 250 000).

Organisatorisch ist die SPD in verschiedene Bezirks- und Landesverbände gegliedert. Über diesen steht der zentrale Parteivorstand, der sich aus 30 Mitgliedern, wovon 17 besoldete, zusammensetzt. Der Parteivorstand verfügt über sehr große Kompetenzen. Er kontrolliert die Parteiorgane und setzt die Richtlinien für die Zusammenarbeit der Parteibezirke fest. Auch verfügt er über die Möglichkeit, die Wahl von Parteisekretären in den Bezirken mittels eines Vetorechtes zu beeinflussen. In der Organisation unterscheidet sich die SPD somit recht stark von der SPS. Während bei uns die Kantonalparteien weitgehend selbständig sind und sich bei Abstimmungen nicht an die Parole des schweizerischen Parteivorstandes zu halten brauchen, haben sich die deutschen Bezirksverbände an die Weisungen des Parteivorstandes zu halten. Trotz dieser verhältnismäßig straffen Organisation gelten innerhalb der Partei die Spielregeln der Demokratie. Auch der starke Parteivorstand ist nicht allmächtig. Dies hat gerade die jüngste Vergangenheit gezeigt: Als der Parteivorstand während des Höhepunktes der «Spiegel»-Krise mit Adenauer verhandelte und dabei zu ziemlich weitgehenden Konzessionen bereit war, lehnten sich eine große Zahl der SPD-Bundestagsabgeordneten und viele Funktionäre und Mitglieder der Partei gegen

die Taktik Wehners auf. Es war nicht zuletzt diese «Revolte» innerhalb der Partei, die zum Scheitern der Koalitionsverhandlungen führte.

Die verschiedenen Kommunalwahlen des vergangenen Jahres und die Bundestagswahlen von 1961 haben gezeigt, daß die SPD ständig an politischem Boden gewinnt. Ihre ideologische und ihre wahlmäßige Basis ist breiter geworden. Aus den Trümmern der dogmatischen Vorkriegs-SPD ist eine undogmatische, vielleicht auch etwas pragmatische Massenpartei herausgewachsen, die längst nicht mehr eine reine Arbeiterpartei darstellt, sondern über berufliche und standesmäßige Schranken hinweg in der Bevölkerung verwurzelt ist. Die SPD ist aus dem Bild der heutigen deutschen Gesellschaft nicht wegzudenken! Im Laufe der Jahrzehnte haben sich die Methoden und Programme des Sozialismus gewandelt, der revolutionäre Glanz, von dem die SPD zu den Zeiten eines Bebel, eines Kautsky und eines Wilhelm Liebknecht umgeben war, ist – man mag es vielleicht bedauern – verblaßt und hat nüchternen soziologischen und ökonomischen Überlegungen Platz gemacht, doch das letzte und höchste Ziel des Sozialismus ist das gleiche geblieben: *Freiheit in einer menschlichen Welt!*

KARL AESCHBACH

Innenpolitik ohne Begeisterung?

Kritische Betrachtungen in einem Wahljahr

Die Nationalratswahlen sind in Sichtweite, überdies ist 1963 in manchen Kantonen, so z. B. in Zürich, ein Wahljahr. Und trotzdem ja politische Erdbeben in unserem Lande kaum vorkommen und im Zeitalter der zunehmenden Angleichung der gedruckten Parteiprogramme der Kampf um den Wähler an Spannung und Intensität zusehends verliert, sind einige kritische Betrachtungen im Vorfeld dieser Wahlen am Platze. Es gilt zu fragen, welches die traditionellen und die möglichen neuen Wählerschichten der Sozialdemokratie sind, wie sich die Innenpolitik der letzten vier Jahre auswirken wird, und aus diesen Fragen muß zuletzt die Stellung und Bedeutung der Sozialdemokratie in der heutigen Wohlstandsgesellschaft erhellen.

Die Hochkonjunktur als Gefahr?

Um diesen ersten Punkt vorwegzunehmen: Man wird sich nicht weiterhin, wie dies in den letzten Jahren ausreichend praktiziert wurde, auf die für die Sozialdemokratie ungünstigen Auswirkungen der Hochkonjunktur